



Dr.-Karl-Kummer-Institut für Sozialreform, Sozial- und
Wirtschaftspolitik in der Steiermark

Obmann:
Ass.Prof. Dr. Klaus Poier
Keplerstraße 92, A-8020 Graz
Email: steiermark@kummerinstitut.at
Tel.: 0316/714422-15

Details der Transferstudie präsentiert – Steuer-Transferkonto letztlich ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Das Dr.-Karl-Kummer-Institut in der Steiermark veröffentlichte am Donnerstag, dem 5. November 2009 nähere Ergebnisse der Studie über soziale Transfers. Die Studie ist Teil des vom Kummer-Institut geleiteten mehrjährigen Projektes „Aufgabe Soziale Gerechtigkeit“, das in Kooperation mit Joanneum Research, der Universität Graz und der Kleinen Zeitung mit Förderung des Sozial- und Wissenschaftsressorts des Landes Steiermark durchgeführt wird.

„Das Transfersystem in Österreich ist intransparent und leidet unter der fehlenden Abstimmung der einzelnen Fördergeber“ betont der Obmann des Dr.-Karl-Kummer-Instituts, Ass.Prof. Dr. Klaus Poier. Mit einem Steuer-Transferkonto sollte die Grundlage geschaffen werden, so Poier, um Harmonisierung und damit letztlich größere soziale Gerechtigkeit zu erreichen. „Keinesfalls Sozialabbau, sondern höhere Verteilungsgerechtigkeit, mehr Leistungsanreize und ein Beitrag zur Armutsbekämpfung sind das Ziel des Gesamtprojektes“, betont Poier, der auch auf die christlich-sozialen Grundsätze des Kummer-Instituts verweist.

Laut Dr. Franz Pretenthaler, Finanzwissenschaftler der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH, bestehen die größten Probleme im Steuer-Transfersystem einerseits im Bereich der AlleinerzieherInnen, bei welchen ab einem Bruttoerwerbseinkommen von ca. 1.200 € jede Gehaltserhöhung zu einer Reduktion des Nettoerwerbseinkommen (inkl. Transfers) führt und von diesem Niveau aus erst eine Verdoppelung des Bruttoerwerbseinkommens sich netto wieder bemerkbar macht. Ebenso stark betroffen sind andererseits Familien mit zwei Elternteilen und mehreren Kindern, wo sich ein Bruttoerwerbseinkommen des gesamten Haushalts von ca. 2.000 € als echte Armutsfalle herausstellt, weil sich bis ca. 4.000 € das verfügbare Familieneinkommen nicht erhöht. Die mangelnde steuerliche Berücksichtigung der Kinder bewirkt laut Pretenthaler auch, dass Familien mit zumindest zwei Kindern ab einem Bruttohaushaltseinkommen von 2.000 € finanziell immer schlechter gestellt sind als Paare derselben Einkommensklasse ohne Kinder. „Der durch die Steuerreform 2009

begonnene Weg, die finanziellen Lasten der Kindererziehung zumindest teilweise steuerlich absetzbar zu machen, muss konsequent weitergegangen und ausgebaut werden“ schließt Pretenthaler aus den Analysen. Das von ihm in die Diskussion eingebrachte Transferkonto sieht er als notwendigen ersten Schritt, um künftig genau diesen derzeit schlecht gestalteten Übergang von Haushalten, die Transfers benötigen, zu jenen Haushalten, denen durch eine steuerliche Berücksichtigung ihrer gleichzeitigen Leistungen in der Arbeit und in der Kindererziehung mehr geholfen ist, besser zu gestalten.

Mag. Cornelia Sterner, wissenschaftliche Mitarbeiterin der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH, betont, dass den Berechnungen der Beispiele intensive Recherchen möglichst aller Leistungen des Landes sowie der Stadt Graz über die Voraussetzungen, Bemessungsgrundlagen und Einkommensgrenzen sowie Transferberechnungen vorausgegangen sind. Ausgehend vom monatlichen Bruttoerwerbseinkommen der Haushalte (von einer Spanne von 600 € bis 8.000 €) wurden laut Sterner alle relevanten steuerlichen- sowie sozialversicherungstechnischen Kennzahlen sowie die relevanten Transfers für verschiedene Familien- und Einkommenszusammensetzungstypen berechnet (5.920 Fälle). Durch die vielen berechneten Fälle hat sich laut Sterner gezeigt, dass sich aufgrund des – häufig – unkoordinierten Nebeneinanders im komplexen Transfersystem Leistungen bei einer Person kumulieren können, wenn aus identischem Anlass Anspruchsvoraussetzungen für verschiedene Transfers erfüllt sind und diese nicht gegenseitig berücksichtigt werden. Durch eine bereits geringe Erhöhung des Erwerbseinkommens kann es dann, aufgrund der progressiven Besteuerung und eines möglichen Wegfalls von Transferleistungen, zu Armutsfallen oder Schwellenphänomenen kommen.

Rückfragen:

Dr.-Karl-Kummer-Institut:

Geschäftsführerin Katharina Konschegg, 0664/4472074

Joanneum Research:

Dr. Franz Pretenthaler, Mag. Cornelia Sterner, 0316/876-1455